



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 21. Juni 2018

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Christa Gabriel (SPD)
Anwesende Stadtverordnete:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Es fehlten:	siehe Anlage 3
Beginn (öffentlicher Teil): 16:10 Uhr	Ende: 22:55 Uhr
Beginn (nichtöffentl. Teil): 22:55 Uhr	Ende: 23:35 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen der Drucksachenlisten (DL Nrn.) 27/16, 28/16, 36/17, 10/18, 12/18 + NÖ, 13/18, 14/18 + NÖ, 15/18 + NÖ

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Gedenkminute zu Ehren der in Erbenheim leblos aufgefundenen 14-jährigen Susanna statt. Das Mädchen ist offenbar einem brutalen Verbrechen zum Opfer gefallen.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

Tagesordnung I

0185 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Absetzung

Die von L&P beantragte Absetzung von Punkt 2 der TO IV „Zustimmung zur Bestellung Leitung Revisionsamt“ wird gegen die Stimmen von FDP, L&P, LKR/ULW und Stv. Brüder abgelehnt.

Die Fraktion L&P beantragt Aussprache zu Punkt 2 der TO IV. Da in der Sitzungsvorlage personenbezogene Daten zur Sprache kommen, beantragt Stadtverordnetenvorsteherin Gabriel, die Öffentlichkeit auszuschließen. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird abgestimmt (bei Enthaltung von Stv. Bohrer, Coigné und von Seemen angenommen). Der Punkt soll am Ende der Sitzung zum Aufruf kommen.

Stv. Diers bittet darum, dass OB Gerich bei Beratung des Punktes anwesend ist. (§ 13 GO).

2. Umsetzung

Punkt 15 der TO III	Flächennutzungsplanänderung „Nördlich E.-Galonske-Straße“
Punkt 16 der TO III	Bebauungsplan „Nördlich E.-Galonske-Straße“
auf Antrag L&P	

3. Anträge/Neufassungen/Änderungsanträge

AfD	zu Punkt 4 der TO I	Korrekte Altersfeststellung
CDU	zu Punkt 7 der TO I	Eigenschutz Stadtpolizei
L&P	zu Punkt 8 der TO I	Wiesbadener soziale Bodennutzung
LKR/ULW	zu Punkt 12 der TO I	RMCC

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN

4. Protokollerklärungen

der SPD-Fraktion zu
Punkt 3 der TO III Bestimmung Wahltag OB

der FDP-Fraktion zu
Punkt 2 der TO II Windkraft Taunuskamm
Punkt 23 der TO II Integriertes Entwicklungs-/Handlungskonzept

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
 Nr. Nr.

der Fraktion L&P zu

Punkt 5 der TO II Fahrplanwechsel
 Punkt 19 der TO II Hess. Staatstheater

Punkt 7 der TO III Stadtbibliothek Wiesbaden

der Fraktion FW/BLW zu

Punkt 31 der TO II Arbeitsmarktprojekt Spielplatzbetreuung

der Fraktion LKR/ULW zu

Punkt 4 der TO II Stadtplatz
 Punkt 17 der TO II Neubau Feuer-/Rettungswache Igstadt
 Punkt 20 der TO II Kulturfestival „Festland“
 Punkt 24 der TO II Personalbedarf Stabsstelle Werbenutzung
 Punkt 31 der TO II Arbeitsmarktprojekt Spielplatzbetreuung

Punkt 13 der TO III Flächennutzungsplan Feuer-/Rettungswache III
 Punkt 14 der TO III B-Plan Feuer-/Rettungswache III
 Punkt 15 der TO III Flächennutzungsplan E.Galonske-Str. **umgesetzt auf TO I**
 Punkt 16 der TO III B-Plan E.Galonske-Str. **umgesetzt auf TO I**
 Punkt 18 der TO III Planbereich „Linde-Quartier“

5. Abstimmungsverhalten zu Tagesordnung II

Das Abstimmungsverhalten von FDP, L&P, FW/BLW und LKR/ULW wird datentechnisch übernommen.

6. Vertagen aus Zeitgründen

Punkt	9 der TO I	LKW-Maut in Wiesbaden	18-F-11-0008
Punkt	10 der TO I	Leichte E-Mobilität fördern	18-F-12-0002
Punkt	13 der TO I	Informationen Citybahn	18-F-05-0030
Punkt	15 der TO I	Anfrage Hilfe zur Pflege	18-F-11-0009

Enth. L&P

0265 Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2018

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.05.2018 wird genehmigt.

Einstimmig

0266 Mitteilungen

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

0267 **16-F-99-0001**

Fragestunde

1. Die Fragen Nr. 123, 126, 128 - 130, 142 und 133 haben durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache einschließlich der gestellten Zusatzfragen ihre Erledigung gefunden.
2. Der Magistrat wird gebeten, die Fragen Nr. 141, 108, 144 und 146 schriftlich zu beantworten.
3. Die Fragen Nr. 125, 131, 137, 135 136, 139, 140,124, 143, 145 und 147 - 150 kommen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2018 zum Aufruf, wenn sich die Fraktionen nicht mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden erklären sollten.

0268 **18-F-02-0006**

Korrekte Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen sicherstellen, Bildung gewährleisten
- Antrag der CDU Fraktion vom 24.04.2018 -

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag.

Nach Stellungnahme von Stadtrat Manjura beantragt Stv. Rutten, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Bohrer schließt sich dem Antrag an.

Stv. Lorenz erklärt, dass der Antrag seiner Fraktion durch Aussprache erledigt ist.

0269 **18-F-10-0011**

Korrekte Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen sicherstellen, Bildung gewährleisten
- Antrag der AfD-Fraktion vom 19.06.2018 -

Stv. Dr. Müller begründet den Antrag.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD abgelehnt

0270 **18-V-06-0003**

Bekanntgabe der Mitglieder des Kulturbeirates - Wahlzeit 2018 bis 2020 - Bericht

Stv. Angor begründet.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Schule und Kultur wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0271 **18-F-05-0022**

WiesbadenValley - Zukunftsorientierte Standortpolitik für attraktives Leben und Arbeiten in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2018 -

Stv. Diers begründet den Antrag.

Stv. Hebenstreit beantragt, den Antrag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse Planung, Bau und Verkehr und Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung.

Stv. Coigné schließt sich dem Überweisungsantrag an.

Die Überweisung des Antrages an die vorgenannten Ausschüsse wird wie folgt abgestimmt:

gegen FDP, LKR/ULW + Stv. Bröder angenommen

0272 **18-F-10-0010**

Eigenschutz und Sicherheit der Stadtpolizei verbessern
- Antrag der AfD-Fraktion vom 13.06.2018 -

Stv. Dr. Müller begründet den Antrag.

Bürgermeister Dr. Franz nimmt zu dem Antrag Stellung.

Stv. Schwalbach beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Lambrou beantragt getrennte Abstimmung.

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1 gegen AfD abgelehnt

Ziffer 2 gegen AfD bei Enth. CDU abgelehnt

Ziffer 3 bis 5 nach Aussage Antragsteller durch Aussprache erledigt

0273 **18-F-02-0010**

Eigenschutz und Sicherheit der Stadtpolizei verbessern
- Antrag CDU vom 21.06.2018 -

Stv. Lorenz begründet den Antrag.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Kisseler, Stv. Schwalbach, Stv. Egert und Stv. Bohrer beantragen getrennte Abstimmung.

Der Antrag wird mit der Änderung der FDP in Ziffer 2 a wie folgt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1 gegen L&P bei Enth. AfD angenommen

Ziffer 2a (mit Änderung FDP) bei Enth. AfD angenommen

Ziffer 2b gegen CDU, FDP, FW/BLW + LKR/ULW bei Enth. AfD abgelehnt

Ziffer 3 gegen L&P bei Enth. SPD + AfD angenommen

In der Zeit von 19.50 Uhr bis 20.40 Uhr findet eine Pause statt.

0274 18-F-12-0001

Rhein-Main-Congress-Center (RMCC) wirtschaftlich betreiben
- Antrag der Fraktion LKR&ULW vom 06.03.2018 -

Stv. Preinl begründet den Antrag.

Stadtrat Bendel nimmt zu dem Antrag Stellung.

Stv. Dr. Völcker beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Schmehl und Stv. Diers schließen sich diesem Antrag an.

Der Antrag, den Antrag von LKR/ULW als durch Aussprache für erledigt zu erklären, wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD + LKR/ULW bei Enth. L&P angenommen

0275 18-F-05-0015

Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen - Geringqualifizierte in den Fokus rücken
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2018 -

Stv. Rutten begründet den Antrag.

Stv. Koch beantragt die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung.

Stv. Hebenstreit schließt sich dem Überweisungsantrag an.

Stv. Rutten beantragt, den Antrag auch an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie zu überweisen.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Antrag auf Überweisung des Antrages an die vorgenannten Ausschüsse wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0276 **18-F-08-0036**

18-V-04-0001 - Wiesbadener sozialgerechte Bodennutzung (WiSoBoN)
- Antrag der Fraktion L&P vom 21.06.2018 -

Stv. Forßbohm begründet den Antrag.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enth. LKR/ULW abgelehnt

0277 **18-V-04-0001**

Wiesbadener sozialgerechte Bodennutzung (WiSoBoN)

Der Empfehlungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enth. FDP, LKR/ULW + Stv. Brüder angenommen

0278 **18-V-14-0001**

Jahresabschluss zum 31.12.2016 der LHW - Entlastung

Stv. Lambrou ist Berichterstatter.

Die Empfehlungsbeschluss des Revisionsausschusses wird wie folgt zugestimmt:

Enth. L&P

0279 **18-V-61-0016**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße"
im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Entwurfsbeschluss -

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die in der Änderung des Flächennutzungsplans bestimmte, umfangreiche Verminderung der Grünflächen sehen wir kritisch, da mit einer geringeren Kaltluftentstehung für Kostheim und Kastel zu

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni 2018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

rechnen ist. Die Wiesbadener Luft ist in Qualität und Temperatur maßgeblich von den Randgebieten abhängig, was bei neuen Baugebieten stärker berücksichtigt werden muß.

Stv. Bohrer beantragt namentliche Abstimmung des Empfehlungsbeschlusses des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr:

namentliche Abstimmung:

13 NEIN-Stimmen, 51 JA-Stimmen, 2 Enthaltungen

0280 18-V-61-0017

Bebauungsplan "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Entwurfsbeschluss -

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die in der Änderung des Flächennutzungsplans bestimmte, umfangreiche Verminderung der Grünflächen sehen wir kritisch, da mit einer geringeren Kaltluftentstehung für Kostheim und Kastel zu rechnen ist. Die Wiesbadener Luft ist in Qualität und Temperatur maßgeblich von den Randgebieten abhängig, was bei neuen Baugebieten stärker berücksichtigt werden muß.

Der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr wird wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne + L&P bei Enth. LKR/ULW

Die nachfolgend aufgeführten Punkte werden aus Zeitgründen zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.09.2018 vorgesehen:

0281 18-F-11-0008

LKW-Maut in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FW/BLW vom 13.06.2018 -

0282 18-F-12-0002

Leichte E-Mobilität fördern und ausbauen - Luftverschmutzung, Lärm und Parkplatznot verringern
- Antrag der Fraktion LKR&ULW vom 07.06.2018 -

0283 18-F-05-0030

Informationen zur Citybahn unverzüglich und vollumfänglich vorlegen -
Kommunikationsdefizite abstellen.
- Dringlichkeitsantrag der FDP vom 03.05.2017 -

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0284 18-F-11-0009

Schriftliche Anfrage 66/2018 der Fraktion LKR&ULW vom 28.02.2018 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Hilfe zur Pflege"

Tagesordnung II

0186 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Einstimmig

0187 18-F-05-0007

Nach dem Urteil des VGH - Windkraft auf dem Taunuskamm noch rentabel?
- Antrag der FDP-Fraktion vom 30.01.2018 -

Protokollerklärung FDP:

Die FDP-Fraktion stimmt mit NEIN, weil die Frage 2 nicht in angemessener Detailtiefe (Bezifferung Prozesskosten) beantwortet wurde.

gegen FDP

0188 18-V-01-0004

Jahresabschluss 2016, Gewinnverwendungssystematik, Wirtschaftsplan und Ausschüttungsplanung 2018/2019 für den Beteiligungs-Cluster 1 (WVV)

Enth. L&P

0189 18-V-04-0002

Stadtplatz

Protokollerklärung LKR/ULW:

Die Fraktion stimmt mit „Ja“, möchte aber exemplarisch den haltlosen Zustand der an den Stadtplatz anschließenden Elly-Heuss-Schule nicht unerwähnt lassen: Neben neuen Gehwegen, Rasenflächen und neu gepflanzten Bäumchen auf dem Platz, ist die Sanierung der Elly-Heuss-Schule überfällig, was zum positiven Bild des Platzes ganz wesentlich beiträgt.

Enth. Stv. Bohrer, Coigné, Sobek + von Seemen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0190 18-V-05-0004

Fahrplanwechsel am 09.12.2018

Protokollerklärung L&P.

Die Fraktion L&P kritisiert, dass die Anregungen der Ortsbeiräte nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Enth. L&P

0191 18-V-05-0009

Freigabe der Haushaltsmittel 2018/2019; Aufhebung des Sperrvermerks

Einstimmig

0192 18-V-05-0010

Linienführung CityBahn - Theodor-Heuss-Brücke bis Hochschule RheinMain

gegen FDP

0193 18-V-05-0011

Bürgermitwirken bei der Vorplanung des Projekts City Bahn

gegen FDP

0194 18-V-05-0012

Jahresabschluss 2016 und Wirtschaftsplan 2018 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH,
Wirtschaftsplan 2018 der CityBahn GmbH für Cluster IV

gegen FDP bei Enth. Stv. Bohrer, Coigné + von Seemen

0195 18-V-20-0016

Zwischenbericht der Projektgruppe (PG) "EU-Beihilferecht in der Kernverwaltung"

Einstimmig

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
0196	18-V-20-0018	<hr/> Förderrichtlinien 2018 Einstimmig
0197	18-V-20-0020	WIVERTIS GmbH - Übernahme der Gesellschaftsanteile und Bericht zur IT-Bedarfsanalyse Einstimmig
0198	18-V-20-0025	Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2017 - Information über die wesentlichen Ergebnisse Einstimmig
0199	18-V-20-0029	Haushaltsplan 2018/2019 - Genehmigungs- und Begleiterlass der Aufsichtsbehörde Enth. Stv. Bohrer + von Seemen
0200	18-V-36-0009	Renaturierung Wellritzbach 2. BA, Änderung der Grundsatzgenehmigung Einstimmig
0201	18-V-36-0011	Errichtung von 20 Ladesäulen für E-Fahrzeuge durch die ESWE Versorgungs AG Einstimmig
0202	18-V-37-0003	Neubau Feuer- und Rettungswache Igstadt - Ausführungsvorlage

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollerklärung LKR/ULW:

Wir sind weder gegen den Bau einer Rettungswache noch gegen den einer Feuerwehr. Allerdings kritisiert die LKR&ULW-Fraktion die Höhe der Kosten von 23 Millionen € und ist der Meinung, daß der Neubau kostengünstiger umgesetzt werden könnte.

gegen LKR/ULW

0203 18-V-40-0013

Übernahme der Aufgaben der EDV-Supportbetreuung für Amt 40 durch das Medienzentrum Wiesbaden e. V.

Einstimmig

0204 18-V-41-0011

Hess. Staatstheater Wiesbaden: Abschluss 2017; Budget 2018

Protokollerklärung L&P.

Der Anteil des Landes am Zuschuss ist zu gering. Der Magistrat möge einen höheren Zuschuss aushandeln.

Einstimmig

0205 18-V-41-0013

Kulturfestival "Festland" in 2019/Konzeption und Antrag auf Förderung

Protokollerklärung LKR/ULW:

Das umfangreiche Angebot an Festen und Kerben der Stadt Wiesbaden macht ein weiteres Festival nicht zwingend notwendig, vor allem wenn es auf Kosten der Stadt gehen soll. Feste sollten sich durch Einnahmen aus Werbung, Eintrittsgelder und dem Konsum der Besucher selbst tragen. Jährliche Ausgaben von 200.000 € halten wir angesichts der finanziellen Situation der Stadt für nicht vertretbar.

gegen LKR/ULW

0206 18-V-51-0011

Willkommensbesuche für Familien mit neugeborenen Kindern

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0207 **18-V-51-0019**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 20 zusätzlichen
Betreuungsplätzen

Enth. L&P

0208 **18-V-61-0015**

Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept Wiesbadener Straße (IEHK)
- Beschluss über das IEHK Wiesbadener Straße nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch -

Protokollerklärung FDP

Die FDP-Fraktion stimmt mit ENTHALTUNG, da sie das Vorhaben grundsätzlich begrüßt und
unterstützt. Allerdings lehnen wir die Verknüpfung mit dem Projekt CityBahn ab.

Enth. FDP

0209 **18-V-66-0104**

Zusätzlicher Personalbedarf für die Stabstelle 660001 Werbenutzung, Öffentlichkeitsarbeit
und Sonderprojekte bei dem Tiefbau- und Vermessungsamt

Protokollerklärung LKR/ULW:

Wir sind der Meinung, daß diese Aufgaben durch eine Re-Priorisierung mit den bisherigen
Ressourcen erbracht werden könnten.

Enth. LKR/ULW

0210 **18-V-66-0201**

Veilchenweg - Schönaustraße - Einrichten eines Kreisverkehrs mit benutzerfreundlichem
Ausbau der Bushaltestellen "Veilchenweg"

Einstimmig

0211 **18-V-66-0204**

Öffentliche Straßenbeleuchtung, Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und
Ersatzbeschaffung in Wiesbaden in den Jahren 2018 und 2019

Enth. Stv. Bohrer, Coigné + von Seemen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0212 18-V-66-0308

Bericht über das Ergebnis des Jahresabschlusses 2017 und die Entwicklung des Instandhaltungsbudgets 2018 für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Wege, Ingenieurbauwerke)

Einstimmig

0213 18-V-66-0309

Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden und AKK

Einstimmig

0214 18-V-67-0006

Freigabe und Genehmigung des Budgets zur Herstellung von Baumgruben und Ersatzpflanzung von Bäumen für die Pflanzperioden 2018/2019

Einstimmig

0215 18-V-67-0008

Neubau einer Gärtnerunterkunft am Nordfriedhof - Genehmigung des Budgets

Enth. LKR/ULW

0216 18-V-80-8002

Arbeitsmarktprojekt Spielplatzbetreuung - Fortführung 2019 bis 2021

Protokollerklärung FW/BLW:

Der finanzielle Aufwand für die Verwaltung und Vergütung dieses Projekts steht unseres Erachtens in keinem Verhältnis zu dem zu erreichenden Ziel, die Teilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt wieder einzugliedern.

Protokollerklärung LKR/ULW:

Arbeitsmarktprojekte finden wir grundsätzlich gut. Allerdings sollten angesichts knapper kommunaler Kassen Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Einem Projekt, das die Kommune 685.000 € kosten wird und dessen Erfolgchance (Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Anschlussbeschäftigungen) wir für gering erachten, können wir unsere Zustimmung nicht erteilen.

gegen FW/BLW + LKR/ULW bei Enth. L&P

0217 18-V-80-8004

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Ausbildungspakt 5 + 3 für die Ausbildungsjahre 2018 und 2019

Einstimmig

0218 **18-V-82-0003**

Veräußerung Anteile Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Einstimmig

Tagesordnung III

0219 **18-V-21-0001**

Wetaufwandsteuer

Einstimmig

0220 **18-V-30-0007**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig

0221 **18-V-30-0008**

Bestimmung des Wahltages der Direktwahl der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters

Protokollerklärung SPD:

Die SPD-Fraktion lehnt den vom Magistrat und dem Ältestenausschuss beschlossenen gemeinsamen Wahltermin der OB-Wahl und der Europawahl ab.

Obwohl der Gesetzgeber die Risiken bei der Zusammenführung von Wahlen laut Vorlage als beherrschbar beschreibt, hat Wiesbaden bisher mit gutem Grund auf die Möglichkeit der Zusammenlegung anderer Wahlen mit der OB-Wahl verzichtet, selbst wenn im gleichen Jahr, wie z.B. 2003, eine Landtagswahl stattfand. Die herausgehobene Stellung des Oberbürgermeisters in der Hessischen Gemeindeordnung rechtfertigt nicht nur einen eigenen Termin, sondern ermöglicht den Beteiligten einen Wahlkampf mit ausschließlich kommunalen Themen zu führen, der nicht durch die Politik anderer politischer Ebenen überlagert wird.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Da die EU-Wahl in den vergangenen Jahren häufig als Protestwahl genutzt wurde, ist eine Zusammenlegung dieses Termins mit der OB-Wahl, trotz vielleicht höherer Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang, kontraproduktiv.

Zudem zählt das Argument der höheren Wahlbeteiligung nicht für eine mögliche Stichwahl. Stattdessen würde der zu erwartende Unterschied der Wahlbeteiligung zwischen erstem und zweitem Wahlgang dann fälschlicherweise politisch interpretiert werden.

Zwar wird in der Vorlage selbst auf die Gefahr der Überlagerung der politischen Themen unterschiedlicher Ebenen hingewiesen, diese aber mit dem Hinweis auf den Gesetzgeber weggewischt. Die wissenschaftliche Literatur bietet da ein differenzierteres Bild und auf jeden Fall nicht den Anlass, solche Bedenken einfach auszublenden.

Da die Stichwahlen bisher immer zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang stattgefunden haben, erschließt sich nicht, warum zukünftig drei Wochen zwischen den Wahlen notwendig sind. Viel mehr vergrößert sich hier noch die Gefahr einer verringerten Wahlbeteiligung, weil auch die zur Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler notwendigen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer der Kandidaten bereits beim bisherigen Verfahren an zeitliche Grenzen stoßen.

Die Vorteile eines alleinstehenden Wahltermins überwiegen daher aus Sicht der SPD-Fraktion deutlich. Das Kostenargument kann nicht das Ausschlaggebende sein, würde es doch am Ende zur Abschaffung aller Wahlen überhaupt führen. Auch müssen Wahltermine nicht in erster Linie so festgelegt werden, dass sie für die Verwaltung möglichst praktikabel sind. Vielmehr sind Wahltermine mit dem Ziel festzulegen, dass sich möglichst viele Menschen, in allen Wahlgängen beteiligen und die Legitimation der zu wählenden gestärkt und nicht geschwächt wird.

gegen SPD + Stv. Becht angenommen

0222 **18-V-30-0009**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Mainz-Kostheim
Einstimmig

0223 **18-V-30-0010**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt
Einstimmig

0224 **18-V-34-0001**

Standortkonzept für die Altkleidersammlung in der Landeshauptstadt Wiesbaden "Alles aus einer Hand"
Enth. L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0225 **18-V-41-0009**

Stadtbibliotheken Wiesbaden: Anpassung des Entgeltverzeichnisses zur Benutzungsordnung

Protokollerklärung L&P.

Die Fraktion lehnt die Erhöhungen ab und fordert einen unentgeltlichen Zugang zu Büchern und Medien.

gegen Stv. Bohrer, Coigné, Forßbohm + von Seemen bei Enth. Stv. Sobek

0226 **18-V-51-0003**

Satzungsänderung Jugendamt

Enth. Bohrer, Coigné + von Seemen

0227 **18-V-51-0021**

Nachwahl Jugendhilfeausschuss

Enth. LKR/ULW

0228 **18-V-61-0006**

Bebauungsplan "Carl-von-Ossietzky-Schule" im Ortsbezirk Klarenthal -
Satzungsbeschluss -

Einstimmig

0229 **18-V-61-0010**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgungsstandort Am
Gückelsberg" im Ortsbezirk Kostheim - Änderungsbeschluss -

Einstimmig

0230 **18-V-61-0011**

Bebauungsplan "Nahversorgungsstandort Am Gückelsberg" im Ortsbezirk Kostheim -
Aufstellungsbeschluss -

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

0231	18-V-61-0013	
------	--------------	--

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Feuer- und Rettungswache III" im Ortsbezirk Igstadt - Feststellungsbeschluss -

Protokollerklärung LKR/ULW:

Wie lehnen einen Neubau der Feuer- und Rettungswache in Igstadt nicht prinzipiell ab, daher stimmen wir für den Bau, aber gegen die Kosten (siehe PN unter TO II, TOP 17). Allerdings wundert sich die LKR&ULW-Fraktion über die Herausnahme des Vorschlags des Ortsbeirats, die alte Feuerwache zukünftig als Bürgerhaus zu nutzen und fragt, warum dieser, an sich unproblematisch erscheinende Punkt, aus der Beschlussvorlage herausgenommen wurde. Wir unterstützen den Wunsch des Ortsbeirats.

Einstimmig

0232	18-V-61-0014	
------	--------------	--

Bebauungsplan "Feuer- und Rettungswache III" im Ortsbezirk Igstadt - Satzungsbeschluss

Protokollerklärung LKR/ULW:

Wie lehnen einen Neubau der Feuer- und Rettungswache in Igstadt nicht prinzipiell ab, daher stimmen wir für den Bau, aber gegen die Kosten (siehe PN unter TO II, TOP 17). Allerdings wundert sich die LKR&ULW-Fraktion über die Herausnahme des Vorschlags des Ortsbeirats, die alte Feuerwache zukünftig als Bürgerhaus zu nutzen und fragt, warum dieser, an sich unproblematisch erscheinende Punkt, aus der Beschlussvorlage herausgenommen wurde. Wir unterstützen den Wunsch des Ortsbeirats.

Einstimmig

0233	18-V-61-0016	
------	--------------	--

umgesetzt auf TO I

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel- Entwurfsbeschluss -

0234	18-V-61-0017	
------	--------------	--

umgesetzt auf TO I

Bebauungsplan "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Entwurfsbeschluss -

0235	18-V-61-0018	
------	--------------	--

Bebauungsplan "Boelckestraße Bereich nördlich des Otto-Suhr-Rings" im Ortsbezirk Mainz-Kastel - Entwurfsbeschluss -

gegen L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0236 18-V-61-0019

Wohnbauflächenentwicklung Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich
"LindeQuartier" im Ortsbezirk Kostheim - Entwurfsbeschluss -

Protokollerklärung LKR/ULW:

Zwar befürworten wir grundsätzlich den dringend notwendigen Bau neuer Wohnungen, sind aber der Meinung, dass umfangreichere und entschlossenerere Anstrengungen unternommen werden müssen, um dem Mangel an Sozialwohnungen in Wiesbaden entgegenzuwirken.

Enth. LKR/ULW

0237 18-V-61-0021

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Quartier Kureck -1. Änderung" im Ortsbezirk
Nordost - Satzungsbeschluss

gegen L&P, FW/BLW + Stv. Hagenmüller

0238 18-V-82-0001

Carol-Nachman-Preis - Besetzung Kuratorium und Änderung Satzung

Einstimmig

Tagesordnung IV

0252 18-A-02-0004

Aufstellung der Schöffenvorschlagsliste

Einstimmig

Der nachfolgende Punkt wird in nichtöffentlicher Sitzung am Ende der Sitzung beraten. Dafür wird in der Zeit von 22.55 Uhr bis 23.35 Uhr die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

0253 18-V-11-1020

Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nach § 130 Abs. 3 der Hessischen
Gemeindeordnung zur Bestellung der Leitung des Revisionsamtes

gegen L&P bei Enth. LKR/ULW

0254 18-V-20-0028

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
		Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2017 Einstimmig
0255	18-V-20-0031	Bürgschaften Nr. 629a und b - Übernahme von zwei modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH Einstimmig
0256	18-V-21-0003	Steuerpflicht der Stadt und Steuer-Compliance gegen LKR/ULW
0257	18-V-36-0003	Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 25.01.2018 Einstimmig
0258	18-V-36-0004	Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 22.02.2018 Einstimmig
0259	18-V-36-0012	Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.03.2018 Einstimmig
0260	18-V-36-0013	Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 26.04.2018 Einstimmig
0261	18-V-80-2310	

Seite 21 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Verkauf eines Einfamilienhauses, Hasenspitz 39
gegen L&P

0262 **18-V-80-2312**

Verkauf eines Baugrundstücks in Medenbach
gegen L&P

0263 **18-V-80-2314**

Verzeichnis der vom 01. Januar bis 31. März 2018 genehmigten Grundstücksgeschäfte
Einstimmig

0264 **18-V-20-0003**

Liquiditätsbedarf der WJW GmbH
Enth. Sobek, Ziffer 4 gegen FDP

Anlagen

Wiesbaden, .08.2018

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin

Gabriel

Koba